

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Schwerpunkthemen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg, Mai 2012

16. Mai 2012

EU-Sondergipfel: Wachstum und Beschäftigung

Erklärungen von Rat und Kommission

Debatte am Dienstag, 22. Mai

Rebecca Harms MdEP
Büro +33 3 881 75695

Hintergrund: Nach dem Wahlerfolg von Francois Hollande in Frankreich steht eine Debatte über die Neuausrichtung der EU-Krisenpolitik an. Besonders in Griechenland hat ein großer Teil der Bevölkerung gezeigt, dass er mit der einseitigen Sparpolitik nicht zufrieden ist. Die Regierungsbildung ist gescheitert, bei den für Mitte Juni angesetzten Neuwahlen sind weitere Verluste für die Parteien zu erwarten, die für den bisherigen Sparkurs stehen. Ein informeller EU-Gipfel am 23. Mai soll nun über einen Wachstumspakt als Ergänzung zum Fiskalpakt beraten.

Grüne Position: Die Grünen kritisieren schon seit langem, dass eine Politik, die allein auf Sparmaßnahmen basiert, weder ökonomisch sinnvoll noch für die Menschen verkraftbar ist. Die Wahlergebnisse in Griechenland und Frankreich haben das bestätigt. Die Grünen fordern erneut vom Rat der Mitgliedsstaaten, die notwendige Sparpolitik um eine nachhaltige Investitionsstrategie für Grüne Jobs und Grünes Wachstum zu ergänzen. Die Idee des Green New Deal hat gerade in Griechenland riesiges Potential, und kann jetzt wieder eine positive, europäische Perspektive geben, angesichts anhaltender Rezession und Massenarbeitslosigkeit, insbesondere bei jungen Menschen.

Finanztransaktionssteuer

Bericht Anni Podimata
(S&D, Griechenland)

*"Gemeinsames
Finanztransaktions-
steuersystem"*

Verfahren der Konsultation

Debatte und Abstimmung am
Mittwoch, 23. Mai

Sven Giegold MdEP
Büro +33 3 881 75 369

Hintergrund: Nachdem das Europaparlament und viele Organisationen der Zivilgesellschaft seit Ausbruch der Finanzkrise verschärft Druck auf die Kommission ausgeübt haben, hat sie im September 2011 endlich einen Vorschlag für eine umfassende Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Das Europaparlament wird in Straßburg über seine Änderungsvorschläge abstimmen.

Grüne Position: Die Grünen befürworten die Einführung der Finanztransaktionssteuer und haben sich bereits im Ausschuss für die folgenden Rahmenbedingungen stark gemacht:

So müssen die erzielten Einnahmen in die Unterstützung der Realwirtschaft und globale öffentliche Güter, wie Armutsbekämpfung und Klimaschutz fließen. Außerdem sollen sowohl eine allgemeine Anti-Missbrauchsregel als auch die Einrichtung eines dauerhaften Komitees zur Bekämpfung von Steuervermeidung Teil des gemeinsamen Systems zur Finanztransaktionssteuer werden. Dieses Komitee würde neben der Umsetzung auch die effektive Besteuerung von Finanztransaktionen in den Mitgliedsstaaten überwachen, um gezielt auf Steuerhinterziehung reagieren zu können. Steuerumgehungsmodelle wären so wirtschaftlich deutlich weniger attraktiv und könnten bereits im Ansatz verhindert werden.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Roter Thun

Bericht Raül Romeva i Rueda
(Grüne/EFA, Spanien)

*"Roter Thun im Ostatlantik und
im Mittelmeer"*

Ordentliche Gesetzgebung

Debatte am Dienstag,
22. Mai
Abstimmung am Mittwoch,
23. Mai

Rebecca Harms MdEP
Büro +33 3 881 75695

Hintergrund: Im November 2010 änderte die Internationale Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) ihren mehrjährigen Wiederauffüllungsplan für den östlichen Bestand an rotem Thun ab. Die EU ist als Vertragspartner der ICCAT verpflichtet, diese Änderungen in EU-Rechtsvorschriften umzusetzen. Der entsprechende Vorschlag der EU-Kommission benötigt die Zustimmung des Europäischen Parlaments.

Grüne Position: Das Ziel der Grünen ist, die überfischten Bestände des Roten Thun wieder aufzustocken und zugleich existierende Regulierungen für die Befischung zu verschärfen. Im Ausschuss hat die Europafraktion daher die Einrichtung von Schutzgebieten für laichende Fische bis 2012, ein Fischereiverbot für kleine Fische sowie ehrgeizigere Strategien für den ICCAT Wiederauffüllungsplan eingefordert. Leider fand sich dafür keine Mehrheit. Die Gegner argumentierten, dass internationales Recht respektiert und die Entscheidung der ICCAT angenommen werden müsse. Tatsächlich wäre aber eine Annahme und anschließende Verschärfung durchaus möglich. Allerdings hat die Fischereisaison für roten Thun bereits am 15. Mai begonnen (Ende: 15. Juni). Würde die Verordnung in diesem Zeitraum nicht angenommen, hätte die EU-Kommission kein Mittel, die Mitgliedsstaaten juristisch zur Rechenschaft zu ziehen. Dieses Risiko können die Grünen nicht eingehen und werden daher im Plenum zustimmen.

Situation in der Ukraine

Erklärung der Hohen
Vertreterin, Catherine Ashton

Debatte am Dienstag, 22. Mai

Rebecca Harms MdEP
Büro +33 3 881 75695

Hintergrund: Das Europaparlament wird sich mit der politischen Lage in der Ukraine und insbesondere mit der Situation von Julia Timoschenko befassen. Sorgen bereiten aber nicht nur der Gesundheitszustand der ehemaligen Premierministerin, sondern auch die zahlreichen weiteren inhaftierten Oppositionspolitiker, besonders der ehemalige Verteidigungsminister Ivashchenko sowie der ehemaligen Innenminister Lutsenko, die beide ebenfalls in Haft erkrankt sind. Derweil liegt das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU auf Eis. Es ist fertig verhandelt, aber noch nicht unterschrieben.

Grüne Position: Die Fußball EM 2012 darf keine Kulisse für Präsident Janukowitsch werden. Wir wollen eine Prozessbeobachtung für die politisch motivierten Verfahren gegen zahlreiche Oppositionspolitiker einsetzen. Und falls Julia Timoschenko im Ausland behandelt wird, darf ihr die Wiedereinreise - und damit alle Chancen auf weitere politische Aktivitäten - nicht verwehrt werden.

Das Assoziierungsabkommen kann erst unterschrieben werden, wenn die Willkürjustiz gestoppt ist. Noch kann Präsident Janukowitsch auf die Kritik eingehen und die weitere Isolierung der Ukraine verhindern. Das entspräche auch dem Wunsch einer ganz großen Mehrheit der Ukrainischen Bevölkerung.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



<p>Lohngleichheit</p> <p>Bericht Edit Bauer (EVP, Slowakei)</p> <p><i>"Gleiches Entgelt für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit"</i></p> <p>Initiativbericht</p> <p>Debatte und Abstimmung am Donnerstag, 24. Mai</p> <p>Franziska Brantner MdEP Büro +33 3 881 75354</p>	<p>Hintergrund: Seit 1957 ist das Recht auf gleiche Bezahlung für Männer und Frauen in den Europäischen Verträgen verankert. Doch bis heute bleibt der Lohnunterschied unverändert hoch: 18 Prozent im EU-Durchschnitt und sogar 23 Prozent in Deutschland. Schon 2008 hat das Europaparlament die Kommission aufgefordert, neue gesetzliche Vorschläge zur Schaffung von Lohngleichheit vorzulegen. Passiert ist aber nichts. Denn nach den damals gültigen Verträgen musste die EU-Kommission nicht handeln. Jetzt macht das Parlament allerdings von seinem durch den Lissabonvertrag verstärkten Initiativrecht Gebrauch und fordert mehr Transparenz im Lohnsektor, bessere rechtliche Verfahrensmöglichkeiten und stärkere Sanktionen.</p> <p>Grüne Position: Mit unserer fraktionsübergreifenden Initiative "Gleiche Bezahlung - JETZT!" haben wir zum 100. Internationalen Frauentag am 8. März 2011 das Initiativverfahren in Gang gesetzt. Jetzt liegt das Ergebnis vor: der Initiativbericht für gleiche Bezahlung bei gleicher Tätigkeit. Die EU-Kommission kann nicht länger untätig bleiben, sondern muss auf die klare Aufforderung des Europaparlaments reagieren: Entweder mit einem Gesetzesvorschlag oder einer begründeten Absage. Letztere dürfte für die EU-Kommission wohl peinlich werden.</p>
<p>Europäische Bürgerinitiative</p> <p>Bericht Zita Gurmai (S&D, Ungarn)</p> <p><i>"Änderung der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments zur Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative"</i></p> <p>Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnung</p> <p>Abstimmung am Dienstag, 22. Mai</p> <p>Gerald Häfner MdEP Büro +32 2 28 47372</p>	<p>Hintergrund: Seit dem Startschuss für die Europäische Bürgerinitiative (EBI) am 1. April wurden mindestens zehn Initiativen angemeldet, sechs davon bereits von der Kommission für zulässig erklärt. Gefordert werden etwa bessere europäische Austauschprogramme, einheitliche Mobilfunktarife oder die Ausweitung der Stimmrechte für EU-Bürger im Ausland. Bürgerinnen und Bürger nehmen das Gesprächsangebot also ernst. Nun müssen die Institutionen ihrerseits ein offenes Ohr unter Beweis stellen. Im vorliegenden Bericht regelt das Europaparlament die für eine Anhörung notwendigen internen Abläufe.</p> <p>Grüne Position: Die Grünen wollen, dass die EBI rechtlich und politisch Folgen hat und sich nicht als zahnlöser Tiger erweist. Wenn eine Million europäischer Bürgerinnen und Bürger die EU auffordern, ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, müssen sie in Brüssel auch angemessen Gehör finden. Die Grüne Europafraktion hat bereits dafür gesorgt, dass die EBI bürgerfreundlich gestaltet wird und erfolgreiche Initiativen ein Recht auf Anhörung vor Parlament und Kommission haben. Bei der Abstimmung geht es um den Charakter und das Format dieser Anhörung. Die Grünen wollen, dass die Initiativen vom Petitionsausschuss gemeinsam mit dem jeweils zuständigen Fachausschuss in Anwesenheit des verantwortlichen Kommissars angehört werden und dass der EP-Präsident für den Prozess verantwortlich ist.</p>
<p>EP-Untersuchungsausschüsse</p> <p>Bericht David Martin (S&D, Vereinigtes Königreich)</p> <p><i>"Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des"</i></p>	<p>Hintergrund: Ein Parlament braucht starke Kompetenzen, um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger angemessen wahrnehmen zu können. Dazu gehört das Recht, Untersuchungen durchzuführen. Das Europäische Parlament hat dieses Recht zwar, aber in seiner bisherigen Form – das zeigen die weitgehend folgenlosen Untersuchungsausschüsse zum BSE-Skandal, zum EU-Versandsystem und zur Krise der Equitable Life Assurance Society – ist es nicht mehr als ein Papiertiger. Im Lissabon-Vertrag wurde dies erkannt</p>

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Europäischen Parlaments über Einzelheiten der Ausübung des Untersuchungsrechts des Europäischen Parlaments und zur Aufhebung des Beschlusses 95/167/EG, Euratom, EGKS des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission ((2009/2212(INI)))"

Initiativbericht

Debatte und Abstimmung am
Mittwoch, 23. Mai

Gerald Häfner MdEP
Büro +32 2 28 47372

und dem Europaparlament das Recht der Zeugenvorladung und –befragung sowie die Möglichkeit, Aussageverweigerung zu sanktionieren, zugestanden. Die entsprechenden Regelungen sollen Rat und EU-Kommission zur Zustimmung unterbreitet werden.

Grüne Position: Ein starkes Parlament ist für die Grünen der Garant für ein demokratisches Europa. Daher fordern sie, dass EP-Untersuchungsausschüsse alle erforderlichen Instrumente und Vollmachten erhalten, um Akten einsehen, Zeugen laden und Aussagen erzwingen zu können. Nur so sind handfeste Ergebnisse möglich. Die erste Fassung des Berichtes, den der Verfassungsausschuss angenommen hat und der eine deutliche grüne Handschrift trägt, spiegelte diesen Standpunkt wieder. Wenn nun Kommission und Mitgliedstaaten den Zugang des EP zu Dokumenten und zu Zeugen deutlich abschwächen wollen, so werden die Grünen dafür kämpfen, dass das Parlament im Interesse der Bürgerinnen und Bürger standhaft bei seiner Position bleibt.

Weitere Pressetermine in Straßburg

Pressefrühstück der deutschen Grünen Abgeordneten

Dienstag, 22. Mai
9.00 - 9.45 Uhr

Pressebar LOW

Themen:

EU-Gipfel, Finanztransaktionssteuer und die Situation in der Ukraine

Mit:

Rebecca Harms, Ko-Vorsitzende der Fraktion Die Grünen/EFA
Sven Giegold, Sprecher im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) für die Fraktion Die Grünen/EFA

Pressebriefing der Ko-Vorsitzenden der Fraktion Die Grünen/EFA

Dienstag, 22. Mai
10.20 - 10.40 Uhr

Presseraum des Europäischen Parlaments
LOW N-1/201

Mit:

Rebecca Harms, Ko-Vorsitzende der Fraktion Die Grünen/EFA.

Livestream:

<http://greenmediabox.eu/live/pressbriefing/>

Mit den besten Grüßen,

Helmut Weixler

Pressesprecher
Fraktion Die Grünen/EFA
Telefon: +32 228-44683
E-Mail: Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Paul Maximilian Alex

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Europagruppe GRÜNE
Telefon: +32 228 32107
E-Mail: paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu